

Soziale Arbeit und Sozialpolitik

Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft

Michael Opielka

Der Zusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit ist komplex. In diesem Beitrag wird ein aktueller Aspekt herausgegriffen: Wirken sozialpolitische Garantien präventiv gegenüber sozialen Problemen wie Armut und sozialem Ausschluss? Welche Folgen hätten solche Präventivwirkungen für die Sozialpädagogik als Disziplin und Profession? Ich möchte diesen Fragen in drei Schritten nachgehen. Im ersten Schritt werde ich die ambivalente Beziehung von Sozialpolitik und Sozialpädagogik untersuchen und eine Triangulation der Sozialpädagogik aus sozialpolitischer und soziologischer Sicht vorschlagen. Im zweiten Schritt werde ich dies für die sozialpolitische Perspektive durchführen und im dritten einige Anforderungen an die Professionalität Sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft skizzieren.

Eine begriffliche Anmerkung: Im Folgenden werde ich aus pragmatischen Gründen die Begriffe »Sozialpädagogik« und »Soziale Arbeit« synonym benutzen.¹ Pragmatisch deshalb, weil in Deutschland die Sozialpädagogik im Wesentlichen an den Universitäten und die Soziale Arbeit an den Fachhochschulen gelehrt wird. Die disziplinäre Differenz ist dabei den Akteuren selten klar. So tragen die Absolventen meines Fachbereichs (Sozialwesen der FH Jena) das kryptisch-pragmatische Doppeldiplom »Dipl. Sozialarb./Sozialpäd. (FH)«.

1 Wie *Michael Galuske*, Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München: Juventa 2002.

1. Sozialpolitik und Soziale Arbeit: eine ambivalente Beziehung

Die sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik hat Lothar Böhnisch bereits 1982 ziemlich genau formuliert: »Die Sozialpolitik bildet den historisch-politischen Horizont, vor dem sich die institutionelle Sozialpädagogik entfaltet und der sie gleichzeitig begrenzt.«² Zugleich diagnostizierte er: »Dass die Sozialpolitik der Zukunft über die ›alte soziale Frage‹ hinaus zu einem verallgemeinerten Lebenslagenbezug und zu einer *materiellen Politik sozialer Rechte* werden muss und dann nicht mehr im Korsett sozialstaatlicher Balance agieren kann, ist eine *historische Notwendigkeit*.«³ Jener bald ein Vierteljahrhundert alte Optimismus aus der Frühzeit universitärer Sozialpädagogik erscheint heute gebrochen. Hinsichtlich des Konstitutionsbezugs ist es möglich, dass Hamburgers »Einführung in die Sozialpädagogik«⁴ ganz ohne Bezug auf die Sozialpolitik auskommt,⁵ während Galuskes »Flexible Sozialpädagogik« auf einer systematischen Analyse der Sozialpolitik aufruft – allerdings mit einer gegenüber dem frühen Böhnisch markant pessimistischeren Zukunftsperspektive der Sozialpolitik, die um Codes wie Neoliberalismus und Bürgerarbeit zu kreisen scheint und der Sozialpädagogik wenig Positives verheißt. Der Mittelweg scheint der begangeneren, wenn beispielsweise ein Sammelband unter dem Titel »Sozialpädagogik im Übergang«⁶ mit einer sozialpolitischen Krisendiagnostik beginnt, die Sozialpolitik dann aber weitgehend⁷ verlässt. Eine Variante dieses Mittelwegs findet sich in der veröffentlichten Fassung des For-

2 Lothar Böhnisch, *Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit*, Neuwied/Darmstadt: Luchterhand 1982, S. 1.

3 Ebd., S. 153; Hervorhebung Michael Opielka.

4 Franz Hamburger, *Einführung in die Sozialpädagogik*, Stuttgart: Kohlhammer 2003.

5 In seinen Schriften zur Migrationspolitik scheint allerdings durchaus ein politisches Interesse auf, das freilich theoriesystematisch entkoppelt und damit voluntaristisch, moralisch im individualistischen Sinn einherkommt.

6 Cornelia Schweppe/Stefan Sting (Hrsg.), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa 2006.

7 Mit Ausnahme des Aufsatzes von Helga Cremer-Schäfer (2006).

schungsantrags zu einer Berufsverbleibstudie von Rauschenbach und Krüger. Dessen »Untersuchungsschema« beginnt auf der Input-Seite mit dem Indikatorenbündel »Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik«⁸, doch ein Blick in die erhobenen Indikatoren findet jenes Bündel nicht wieder.

Diese Fundstücke aus älteren und neueren Texten des sozialpädagogischen Diskurses lassen aufhorchen: Eine sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik scheint wenig vorstellbar. Der Mittelweg führt allenfalls in Montagsreden zur Sozialpolitik. Im Rest der Woche wird sie vergessen. Betrachten wir zur Überprüfung dieser Beobachtung den Diskurs um das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit und denjenigen um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit.

Das Verhältnis von Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit ist in Deutschland notorisch undiszipliniert. Galuskes erwähnte »Flexible Sozialpädagogik« ist ein beredtes Beispiel. Ihr Untertitel lautet: »Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit«. Sein Argument dafür, die Begriffe »weitgehend synonym« zu verwenden, sind zum einen »stilistische Gründe«, zum anderen eine von anderen Autoren entwickelte »Konvergenzthese«⁹. Der institutionelle Grund für das begriffliche Durcheinander wird leider selten explizit reflektiert: die Trennung der professionellen Ausbildung in Fachhochschulen und Universitäten. Vereinfacht: Erstere produzieren die Masse und die Soziale Arbeit, die zweiten Forschung, Publikationen und die Sozialpädagogik. Während die Soziale Arbeit zumindest theoretisch – und praktisch in vielen Ländern (Skandinavien, Großbritannien, teils in den USA) – ihren systematischen Bezug zur Sozialpolitik nicht verhehlt (so wird sie in Finnland an Departments for Social Policy unterrichtet), scheint die Sozialpädagogik als erziehungswissenschaftliche Subdisziplin staatsfern: Wie ihre große Schwester, die Schulpädagogik, verleugnet sie in Deutschland ihre Staats- und damit Politikkonstituierung und begibt sich damit der Chance einer wahr-

8 *Salvatore Pasquale Angiletta/Kirsten Fuchs/Parviz Rotampour*, AbsolventInnen erziehungswissenschaftlicher Hauptfachstudiengänge. Beruflicher Verbleib, Berufskarrieren und berufliches Selbstverständnis – Eine bundesweite empirische Untersuchung, in: *Hans-Uwe Otto/Gertrud Oelerich/Heinz-Günter Micheel* (Hrsg.), *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, München/Unterschleißheim: Luchterhand 2003, S. 357–380, hier S. 360.

9 *Michael Galuske* (wie Anm. 1), S. 11.

heitsnäheren, also wissenschaftlichen Reflexion ihrer Konstituierung. Eine denkbare Lösung, nämlich die Integration von Fachhochschul- und Universitätsausbildung in Professional Schools der Universitäten unter mehr oder weniger dauerhafter Mitwirkung der Fachhochschulstrukturen, wird hierzulande noch nicht einmal angedacht.

Der Diskurs um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit wiederum¹⁰ oszilliert innerhalb des Mainstreams zwischen ganz selbstverständlichen Beobachtungen, dass die Soziale Arbeit selbst und natürlich ihre Klienten von sozialpolitischen Prozessen umfassend betroffen sind und eine advokatorische »Selbstmandatierung«¹¹ nahe liegt, und der Annahme, dass nur »Fachlichkeit«¹² oder »Professionalität«¹³ eine politische Aufmerksamkeit begründen könnte. Dass diese Positionen im Wesentlichen von den meist impliziten Politikkonzepten geprägt sind, fällt den Diskutanten schon deshalb nicht auf, weil eine vergleichende Reflexion dieser Konzepte ausbleibt. Hier wäre beispielsweise ein Blick in die USA und die Rolle der »National Association of Social Workers (NASW)« hilfreich, die mit ihren gut 140.000 Mitgliedern umfassende politische Lobby-Arbeit betreibt,¹⁴ aus einer ganz pragmatischen Perspektive heraus, für die moralisch-ethische Ziele Bestandteil des Berufsprofils sind.

Insoweit fällt eine eigentümliche Selbstbeschränkung der Sozialpädagogik als Disziplin auf. Man mag einwenden, dass dies erkannt wurde und beispielsweise in stark besuchten »Bundeskongressen Soziale Arbeit« die Sozialpolitik thematisiert wird. Doch der disziplinäre Niederschlag steht noch aus, wie die zitierten Texte zeigen. Nicht zuletzt aufgrund meiner persönlichen Berufsbiographie als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, als Soziologe und Hochschullehrer für Sozialpolitik möchte ich der Sozialpädagogik eine Art Triangulation vorschlagen: eine Reflexion aus sozialpolitischer und soziologischer Perspektive. In den nächsten Schritten soll beides, wenngleich sehr knapp, versucht werden. Der

10 *Roland Merten* (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen: Leske & Budrich 2001.

11 *Christoph Kusche/Rolf Krüger*, *Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!*, in: *Roland Merten* (wie Anm. 10), S. 15–25.

12 *Siegfried Müller*, *Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig*, in: *Roland Merten* (wie Anm. 10), S. 145–152.

13 *Roland Merten*, *Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität*, in: *ders.* (wie Anm. 10), S. 159–178.

14 Überblick: www.socialworkers.org

Fokus sind soziale Garantien und die Funktion der Sozialpädagogik in deren Herstellung und Sicherung.

2. Soziale Garantien und Sozialpädagogik: Sozialpolitische Reflexion

Sozialpolitik wurde und wird mit präventiven Wirkungen begründet. Sie soll Kriminalität verhindern, Demokratie und Frieden bewahren und Fundamentalismen überflüssig machen. Dahinter stehen zwei starke Annahmen, eine empirische und eine theoretische. Die starke empirische Annahme besteht darin, dass sozialpolitische Interventionen soziale Wirkungen haben. Die starke theoretische Annahme besteht in einem Standardkonzept gleichheitsorientierter Normalität, dessen Abweichungen Intervention begründen, wobei sich dabei noch eine sozialtechnokratische und eine sozialutopische Variante unterscheiden lassen. Befürworter und Kritiker beider Annahmen finden sich in der sozialpolitischen, sozialpädagogischen und soziologischen Literatur.

Eine Neuorientierung der Diskussionslage dürfte sich nach 1989, dem Zusammenbruch der klassischen Kapitalismus-Kommunismus-Dualität, insoweit ergeben haben, als die Standardkonzepte von Normalität neu justiert wurden. Die sozialutopische Wirkungsvariante scheint erschöpft, der Fortfall des kompetitiv sozialistischen Modells führte zu einer Reformulierung sozialreformerischer Programmatiken (»Workfare statt Welfare«, Mindest- statt Lebensstandardsicherungen, Marktsteuerung, investive Sozialpolitik usw.). Sie lassen sich als eine Konzentration sozialpolitischer Interventionen zugunsten von mehr oder eben weniger voraussetzungsvollen sozialen Garantien beschreiben. Allerdings müssen sich auch diese der genannten empirischen und theoretischen Kritik stellen.

Diese Kritik soll nun unter dem Fokus der Präventivwirkung sozialer Garantien geleistet werden. Prävention wird dabei methodisch von Intervention abgegrenzt, unterliegt allerdings einem »generellen Gefährdungsverdacht«¹⁵, weil Handlungs- und Verursachungsketten sozialer Probleme meist nicht eindeutig, Präventionsbemühungen

15 Karin Böllert, Prävention und Intervention, in: *Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch* (Hrsg.), *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand 2001, S. 1394–1398, hier S. 1397.

damit häufig unspezifisch angelegt sind. Am Beispiel von drei Politikfeldern – Bildung, Gesundheit, Armut – werden empirische und theoretische Annahmen kontrastiert: Was genau wird unter sozialen Garantien bzw. sozialen Grundrechten in diesen Politikfeldern diskursiv verhandelt? Welche Präventionswirkungen werden damit jeweils verknüpft? Welche empirischen und welche theoretischen Evidenzen werden in den Diskursen vorgetragen? Welche Rolle spielen sozialpolitische Diskurse in diesem Zusammenhang?

a) Bildung und soziale Garantien

»Nach PISA« erhielt die Bildungspolitik in Deutschland skandalisierte Aufmerksamkeit. Auch die Sozialpädagogik spielte dabei eine Rolle. Der Kommission, die den 2005 veröffentlichten Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zum Thema »Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule« erstellte, saß mit Thomas Rauschenbach ein Sozialpädagoge vor.¹⁶ Die Sachlage ist insoweit kompliziert, als die Bildungspolitik in Deutschland bisher nicht als sozialpolitisches Feld konzipiert wurde, was sich neuerdings zu ändern scheint.¹⁷ Aus Sicht der Sozialpädagogik sind drei Bereiche interessant: der frühkindlich-vorschulische Bereich, die Schulsozialarbeit und die Berufsförderung.

Greifen wir den erstgenannten Bereich heraus, der zudem im 12. Kinder- und Jugendbericht stark gemacht wurde, auch mit sozialpädagogischen Begründungen. Zum 1. Januar 2007 wird das bisherige Erziehungsgeld durch das »Elterngeld« ersetzt. Danach erhalten Eltern, die zum Zwecke der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes Elterngeld in Höhe von 67 % des entfallenen Nettoerwerbseinkommens. Von dieser Reform wird unter anderem erwartet, dass Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt werden. Bisherige Reformen, die primär darin bestanden, die Elternzeit auszudehnen, haben eher dazu geführt, dass die Berufsrückkehr von Müttern abgenommen hat. Schätzungen des DIW Berlin lassen erwarten, dass das Elterngeld zu kürzeren Erwerbsunterbrechungen von Müttern mit kleinen

16 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, o. O. (München) 2005.

17 *Michael Opielka* (Hrsg.), *Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

Kindern führen wird. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp 40 % ansteigen.¹⁸ Eine Beteiligung des anderen Elternteils, in der Regel wohl des Vaters, wird durch zwei zusätzliche Bezugsmonate gratifiziert. Die soziale Garantie des bisherigen Erziehungsgeldes auf niedrigerem Niveau, jedoch mit längerer Laufzeit (2 Jahre, in einigen Bundesländern 3 Jahre), wird durch eine kurzzeitigere Garantie auf höherem Niveau ersetzt. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussierte auf Mütter und die Hebung ihrer Erwerbsbeteiligung.
- Als Präventionswirkungen gelten eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit, damit eine Reduzierung des Armutsrisikos vor allem von Alleinerziehenden.
- Die empirischen und theoretischen Evidenzen für diese Wirkungen sind recht stark. Allerdings fehlte im deutschen Diskurs seit 2002 – dem Jahr, in dem die CDU/CSU-Opposition noch mit dem alternativen Konzept eines langzeitigen »Familiengeldes« in den Bundestagswahlkampf zog – eine alternative Position, für die ebenfalls starke Argumente vorgebracht werden könnten.¹⁹
- Die sozialpolitischen Diskurse waren entscheidend für diese Reform. Sie wurden vor allem von arbeitsmarktlichen Funktions- und feministischen Hegemonieinteressen geprägt. Bildungs- und Erziehungsdiskurse spielten in der Frage einer optimalen Organisation der vorschulischen Periode kaum eine Rolle. Zwar wird im 12. Kinder- und Jugendbericht darauf hingewiesen, dass monetäre Leistungen der Familienpolitik das Armutsrisiko von Familien deutlich reduzieren, vor allem aber darauf, dass der Erziehungsurlaub die Berufslaufbahn von Frauen gefährdet.²⁰ Lösungen dieser Eltern- und vor allem Mütterfalle auf dem Arbeitsmarkt werden jedoch nur in einer Verkürzung der Ausstiegszeit gesucht. Das Normalitätsmodell des männlichen Erwerbstätigen wird nicht infrage gestellt, der »Myth of a Dual-Earner Society«²¹ wird kontrafaktisch gepflegt (auch Lewis 2003).

18 C. Katharina Spieß/Katharina Wrohlich, Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet, in: DIW-Wochenbericht, 48 (2006), S. 689–693.

19 Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004.

20 BMFSFJ (wie Anm. 16), S. 253 ff.

21 Trine P. Larsen/Peter Taylor-Gooby/Johannes Kananen, The Myth of a Dual-

b) Gesundheit und soziale Garantien

Im Gesundheitsbereich, der unterdessen (einschließlich der Rehabilitation) zum zweitgrößten sozialpädagogischen Arbeitsfeld nach der Jugendhilfe wuchs,²² lassen sich die stärksten Traditionen des Themas Prävention beobachten. Ende 2004 wurde seitens der damaligen Bundesregierung sogar der Entwurf eines »Präventionsgesetzes« vorgelegt, der jährlich 250 Mio. Euro aus Mitteln der Sozialversicherungen in Präventionsaufgaben umsteuern sollte.²³

Die Erwartungen an Leistungssteigerungen und Kostensenkungen durch Prävention sind hoch. Zugleich sollen »hohe Lebensqualität« gesichert sowie eine Reduzierung von »20 bis 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben in Deutschland«²⁴ ermöglicht werden. Der Präventionsdiskurs wird im Diskurs der neueren Medizin und Gesundheitswissenschaft als »Gesundheitsförderung« geführt,²⁵ entfernt sich damit von verhaltensmoralischen und punitiven Diskursen, die noch bis in die 1980er Jahre auch in der sozialpädagogischen Literatur als körperbezogene Sozialdisziplinierung kritisch reflektiert wurden. Möglicherweise hat der sozial- und gesundheitspolitische Diskurs auf jene Kritik reagiert und die individualistische Perspektive der Lebensqualität dagegen in Anschlag gebracht. Allerdings haben sich seitdem auch die gesundheitspolitischen Koor-

Earners Society. New Policy Discourses in European Welfare States, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference, 23.–25.4.2004.

- 22 *Wolfgang Schröder/Stephan Sting*, Vergessene Themen der Disziplin – neue Perspektiven für die Sozialpädagogik?, in: *Cornelia Schweppe/Stefan Sting* (Hrsg.), *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa 2006, S. 17–30, hier S. 25 ff.
- 23 *Kerstin Kreuger*, Sozialversicherungen sollen Präventionskosten allein tragen – Keine Mitfinanzierung durch Bund, Länder und Privatversicherungen, in: *Soziale Sicherheit*, 1 (2005), S. 19–23.
- 24 *Theodor Klotz/Jochen Haisch/Klaus Hurrelmann*, Prävention und Gesundheitsförderung: Ziel ist anhaltend hohe Lebensqualität, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 103, 10 (2006), S. A606–609, hier S. A608; auch *Rosmarie Apitz/Stefan F. Winter*, Potenziale und Ansätze der Prävention – aktuelle Entwicklungen in Deutschland, in: *Der Internist*, Bd. 45, 2, Februar 2004.
- 25 *Klaus Hurrelmann/Theodor Klotz/Jochen Haisch* (Hrsg.), *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung*, Bern: Huber 2004.

dinaten verschoben. Zunehmend erscheint das Problem der Rationierung, einer institutionalisierten Dauer-Triage die sozialpolitischen Garantien auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu unterminieren. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussiert auf Kostenbegrenzung.
- Gesundheitsförderung und Prävention sollen zugleich individuelle Lebensqualität und kollektive Kostensenkung organisieren. Eine Skalierung beider Ziele und eine systematische Diskussion ihrer Optimierung geschieht kaum.
- Empirische und theoretische Evidenzen für die Wirksamkeit von Prävention sind hoch. Dies gilt allerdings eher für die Ziel-dimension Lebensqualität als für diejenige der Kostensenkung.
- Sozialpolitische Diskurse scheinen von erheblicher Bedeutung. Die Integration beispielsweise der Gesundheitsförderung in die Ausbildungsordnungen der medizinischen Profession²⁶ kann als Langzeitergebnis der Präventionsdiskurse der 1970er und 1980er Jahre gelten.

Der Präventionsdiskurs verweist auch auf Probleme der Finanzierung der sozialen Sicherung. Die deutsche Dominanz von arbeitnehmerfinanzierten Sozialversicherungen und die Möglichkeit, deren Mittel zu verteilen ohne in den sichtbareren Steuerhaushalt eingreifen zu müssen, reduzieren zwangsläufig die Reichweite von Prävention. Auch empirisch erweisen sich hierbei Systeme der Bürgerversicherung oder auch der Steuerfinanzierung als überlegen. Bevor wir zum dritten Feld sozialer Garantien, denjenigen gegen Armut, gelangen, sollen deshalb in Abbildung 1 die sozialpolitischen Garantien mit den Regimetypen kombiniert werden, wie ich sie in Erweiterung der Typologie von Esping-Andersen vorgeschlagen habe.²⁷

26 *Klaus Hurrelmann u. a.* (wie Anm. 25).

27 *Michael Opielka* 2004 (wie Anm. 19).

Abbildung 1

Regimetypen und exemplarische sozialpolitische Garantien

<i>Wohlfahrtsregime</i>	<i>Sozialstaatsmodell</i>	<i>Sozialpolitische Garantie</i>	<i>Krankenversicherungsfinanzierung</i>	<i>Grundeinkommenssicherung</i>
<i>Liberalismus</i>	Friedman	Marktzugang (<i>Fürsorge</i>)	Privatversicherung (USA)	Sozialhilfe/negative Einkommenssteuer
<i>Sozialdemokratie</i>	Beveridge	Bürgergleichheit (<i>Solidarität</i>)	steuerfinanziert (GB, UK)	Recht auf Arbeit/Grundsicherung
<i>Konservatismus</i>	Bismarck	Statussicherung (<i>Versicherung</i>)	Lohnbeiträge (Deutschland)	Workfare/Familienunterhalt Sozialhilfe
<i>Garantismus</i>	Paine	Menschenrechte (<i>Gerechtigkeit</i>)	Bürgerversicherung (Österreich, Schweiz)	Grundeinkommen/Grundeinkommensversicherung

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 295 (Abb. 52, Auszug) und S. 191 (Abb. 36, Auszug)

c) Armut und soziale Garantien

Bereits das Eingangszitat von Böhnisch zu einer »materiellen Politik sozialer Rechte«²⁸ bezog sich auf soziale Garantien gegen Armut. Seitdem haben sich die Diskurse ausdifferenziert. Im sozialdemokratischen Mainstream der modernen Sozialpädagogik wird zwar die Exklusionsneigung des lohnarbeitszentrierten Sozialstaatsmodells reflektiert. Ein hier häufig zitierter Autor ist Bäcker.²⁹ Allerdings verbleiben die Konzepte sozialer Garantien gewöhnlich innerhalb dieses Modells, dessen mangelhafte armutspräventive Wirkung nicht zuletzt mit dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) evident wurde.

28 Lothar Böhnisch (wie Anm. 2), S. 1.

29 Z. B. Gerhard Bäcker, Soziale Sicherung, in: Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch (Hrsg.) (wie Anm. 15), S. 1709–1728.

Abbildung 2
Welfare-Regime-Typen und Konzeptionen der Aktivierung

<i>Wohlfahrts-regime</i>	liberal <i>(level 1)</i>	sozialdemokra-tisch <i>(level 2)</i>	konservativ <i>(level 3)</i>	garantistisch <i>(level 4)</i>
<i>Aktivie-rungs-system</i>	Markt	Staat	Gemeinschaft (Familie, Be-rufsstand)	Sinn/Legitima-tion
<i>Armuts-konzept</i>	Armut	Ungleichheit	soziale Exklusion	Teilhabe-defizienz
<i>sozialpoli-tischer Adressat</i>	Produzent/ Kunde	Arbeitnehmer/ Sozialbürger	Familienper-son/Gruppen-selbst	Individuum/ autonomer Bürger
<i>Aktivie-rungs-konzept</i>	»workfare«/ Inklusion durch Pro- duktivismus (ohne soziale Dienstlei- tung)	»aktivierender Staat«/Inklusion durch erweiter- te »Arbeiterpo- litik«	»Normalisie- rung«/Inklu- sion durch »Familienpoli- tik«, »Grup- penpolitik« (Minoritäten)	Empower- ment/Inklu- sion als Grundrecht
<i>Ressourcen-fokus</i>	ökonomi- sche R.	rechtliche R.	Verhaltens-R. Moral	Handlungs- kompeten- zen/Ethik
<i>Konzeption sozialer Gerechtigkeit</i>	Leistungs- gerechtigkeit	Verteilungs- gerechtigkeit	Bedarfs- gerechtigkeit	Teilhabe- gerechtigkeit

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 90 (gekürzt)

Starke Annahmen über präventive Wirkungen wurden mit den sozialdemokratischen Konzepten des »aktivierenden Sozialstaats« verbunden. Aktivierungskonzepte existieren jedoch, wie die Abbildung 2 zeigt, in allen politischen Lagern, gleichwohl mit sehr unterschiedlichen Annahmen und Effekten. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der Mainstream des neueren Armutsdiskurses rekonstruiert Armut im Wesentlichen als Mangel existenzsichernder Arbeitsplätze. Durch »Aktivierung« und »workfare« soll eine umfassen-

de Teilnahme bzw. Teilhabe am Arbeitsmarkt und darüber die Beseitigung von Armut erreicht werden. Der hierzu alternative, »garantistische« Diskurs um Grundeinkommen bezweifelt mit dem Verweis auf »Working Poor« die behauptete Integrationskraft des Arbeitsmarktes für die Gesamtbevölkerung und empfiehlt auch deshalb eine Lockerung des Arbeitsbegriffs.

- Die Präventionswirkungen des »Aktivierungs«-Diskurses zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, diejenigen des konkurrierenden Grundeinkommensdiskurses auf die Universalisierung sozialer Bürgerrechte.
- Empirische Evidenzen sind für beide Positionen widersprüchlich. Theoretische Evidenzen sprechen eher für die »garantistische« Position, da diese mit einer individualistischen und expressiven Sozialmoral moderner Bürger eher übereinstimmt.
- Sozialpolitische Diskurse konstituieren auch hier die politische Wirklichkeit.

Zum Abschluss des zweiten Abschnitts möchte ich eine Typologie (Abbildung 3) vorstellen, in der die sozialpolitischen Regimetypen politisch-soziologisch und kultursoziologisch rekonstruiert werden. Damit wird zugleich eine Brücke zum letzten Abschnitt geschlagen.

Abbildung 3

Vier Typen des Wohlfahrtsregimes

Variable	Typen des Wohlfahrtsregimes			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Dekommodifizierung	schwach	stark	mittel (für »Familien- ernährer«)	stark
Residualismus (Minimalsozialstaat)	stark	schwach	stark	schwach
Privatisierung	hoch	niedrig- mittel	niedrig- mittel	mittel
Korporatismus/ Etatismus	schwach	mittel	stark	schwach

Variable	Typen des Wohlfahrtsregime			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Umverteilung	schwach	stark	schwach	mittel
Vollbeschäftigungs- garantie	schwach	stark	mittel	mittel
Bedeutung von – Markt – Staat – Familie/Ge- meinschaft – Menschen-/ Grundrechte	zentral marginal marginal mittel- hoch	marginal zentral marginal mittel	marginal subsidiär zentral marginal	mittel subsidiär mittel zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	indivi- dualis- tisch	lohnarbeits- zentriert	kommuni- taristisch- etatistisch	Bürgerstatus, universalis- tisch
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Empirische Beispiele	USA	Schweden	Deutsch- land, Italien	Schweiz (»weicher G.«)

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004, S. 35 (erweitert).

3. Professionalität Sozialer Arbeit in der Bürgergesellschaft

Die politisch-soziologische Regulationsperspektive in Bezug auf die Wirksamkeit wohlfahrtsstaatlicher Intervention wurde differenziert nach insgesamt vier Deutungsmustern untersucht, die sich auch an der Wohlfahrtsregime-Typologie von Esping-Andersen orientieren. Die Vereinseitigungen der vier Deutungsmuster mit ihrem Fokus auf Markt, Staat, Gemeinschaft oder Ethik legen multidimensionale Konzepte zur Analyse des Zusammenhangs von Sozialpädagogik und Wohlfahrtsstaat zwingend nahe, wie sie hier skizziert wurden. Glücklicherweise ist die Wirklichkeit hilfreich. Denn in einem wi-

dersprüchlichen, keineswegs immer linearen, modernisierungstheoretischen Annahmen folgenden Prozess haben sich soziale Grundrechte auf die Agenda geschoben, meist bewusst intendiert durch soziale Akteure, nicht selten freilich als Nebenfolge rein funktional gedachter Entscheidungen. Es ist dieser komplexe Prozess, den »Neo-Institutionalisten« in der Soziologie und den Politikwissenschaften fokussieren und dabei erstaunt feststellen, wie eine »Weltkultur«³⁰ entstand, die den Kern des »Europäischen Sozialmodells« kulturell einschließt – trotz scheinbarer Gegenbewegungen. Jener Kern ist die Gleichheit des Menschen, sind Freiheit und Solidarität, gleichsam die Werte der Französischen Revolution, von Christentum und Aufklärung, die sich in den Menschenrechten universalisierten und in anderen Kultur- und Religionskreisen auch deshalb auf Resonanz stoßen, weil sie die Wirklichkeit auf den Begriff bringen. Die drei diskutierten Fragestellungen (Bildung, Gesundheit, Armut) rekonstruierten sozialpolitische Wertkonflikte, die nicht nur zwischen individuellen und kollektiven Akteuren, sondern auch je in ihnen selbst beobachtet werden können.³¹

Die Soziale Arbeit befindet sich heute vor allem in Deutschland in einer unerfreulichen Opferrolle gegenüber Sozialreformen wie beispielsweise »Hartz IV«, die den sozialen Status ihrer Klienten abwerten. Der Grund für dieses tendenzielle Versagen liegt in ihrer Depolitisierung und ihrer Deprofessionalisierung. Depolitisierung deshalb, weil weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird. Deprofessionalisierung deshalb, weil die deutsche Soziale Arbeit – ganz anders als bspw. Social Work in den USA – ihre fehlende, auf die forschungsschwachen Fachhochschulen begrenzte Akademisierung oft auch noch mit dem naiven Verweis auf Praxisnähe begrüßt. In einer Wissensgesellschaft ist damit die systemische Bedeutungsarmut programmiert. Unterdessen droht selbst die späte Akademisierungswelle in der Pflege an der Sozialen Arbeit vorbeizuziehen.

30 *John W. Meyer*, Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt: Suhrkamp 2005.

31 *John W. Meyer*, World Society, the Welfare State and the Life Course. An Institutional Perspective, Social World – Working Paper No. 9, Bielefeld: Universität Bielefeld 2004, S. 73.

Der Trend zur Personenzentrierung, wie er in der Sozialpsychiatrie und teils der Jugendhilfe zu beobachten ist, bietet enorme Chancen für eine kontextuierte und zugleich individualisierte Soziale Arbeit. Damit könnten in den letzten Jahren verschüttete fachliche Zugänge neu eröffnet werden, wie beispielsweise der Kulturvergleich oder die psychoanalytische Sozialarbeit. Diese Chancen sind heute mehr als früher bedroht durch den Trend zur Ökonomisierung, der in der Sozialen Arbeit unter Chiffren wie »Sozialwirtschaft« den primär gemeinschaftlichen und helfenden Professionskern verunklart. Diesem Kern gegenüber erfüllen Kompetenzen des Sozialmanagements oder -marketings stets nur eine dienende Funktion – ähnlich wie kein Krankenhausbetriebswirt behaupten kann, das Wesen der Medizin zu pflegen. Der Ökonomismus (philosophisch: Utilitarismus) neigt gleichwohl zu Überheblichkeit und Kolonialisierung. Dagegen helfen nur Professionalität und Berufsethik. Was sich nicht ändern sollte, ist die intuitive Parteilichkeit, die praktisch alle Fachkräfte der Sozialen Arbeit als Primärkompetenz mitbringen. Damit sie nicht naiv wird und »hilflose Helfer« produziert, muss sie um Reflexion ergänzt werden.

Eine Reihe neuer, auch in der Sozialgesetzgebung (u. a. § 93 BSHG) verankerter Instrumente wie der »Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan (IBRP)«, »Individuelle Hilfepläne (IHP)«, »Persönliche Budgets (PB)« und die »Hilfeplankonferenz (HPK)« sind Bestandteil einer Neuorientierung sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, die von vielen Beobachtern als Ausdruck einer zunehmenden Marktorientierung verstanden werden, teils eingebaut in »Neue Steuerungsmodelle« vor allem der kommunalen Sozialpolitik wie »New Public Management (NPM)« und einer zielgesteuerten Unternehmensführung (*Management by Objectives, MBO*) in sozialen Einrichtungen.³² Sie finden sich nicht nur in der Sozialpsychiatrie, sondern beispielsweise auch in der Jugendhilfe.³³

Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten? Wichtig ist dabei, dass man zwischen den analytischen Ebenen von Institutionen genug unterscheidet. In Abbildung 4 wird ein einfaches Modell profes-

32 Sissel Seim, Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Hans-Uwe Otto/Stephan Schnur (Hrsg.), Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel: Luchterhand 2000, S. 155–173.

33 Hans-Uwe Otto/Stephan Schnur (Hrsg.) (wie Anm. 32).

sioneller Handlungsebenen zwischen Individuum, Institutionen und Gesellschaft skizziert. Die neueren Steuerungsmodelle lassen sich dabei verschiedenen Ebenen zuordnen.

Abbildung 4

Systemebenen der Sozialpolitik in der Sozialpsychiatrie

Gesellschaft Gemeinde	Makro	»Aktivierung«, »Workfare« New Public Management
Institution (Professionelle)	Meso	Persönliche Budgets Hilfeplankonferenz
Person (Nutzer, Klient)	Mikro	IBRP/IHP

Quelle: Eigene Darstellung

Der »Personenzentrierte Ansatz« scheint dabei ein Fluchtpunkt nicht nur in der Sozialpsychiatrie zu sein. Hier gibt es nun zumindest zwei ganz unterschiedliche Bewertungen, die auf die Handlungsebenen zurückgeführt werden können. Während die Befürworter des neuen Ansatzes³⁴ in der Fokussierung auf den Hilfeadressaten einen enormen Perspektivengewinn erkennen, möchte beispielsweise Klaus Dörner sowohl der »Personenzentrierung« wie der »Profizentrierung« eine »Sozialraum- oder Bürgerzentrierung entgegensetzen«³⁵. Während Dörner eher auf die Makro- und ein wenig die Mesoebene fokussiert, scheinen Schulte-Kemna u. a. eher die Mikro- und ein wenig die Mesoebene in den Blick zu nehmen. Es ist hier nicht Ge-

34 Z. B. Georg Schulte-Kemna/Jürgen Armbruster/Rainer Kluza, Hilfeplanung zwischen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz, in: Kerbe, 4 (2004), S. 4–7.

35 Klaus Dörner, Es ist verboten, Personen zu zentrieren!, in: Soziale Psychiatrie, 1 (2005), S. 34.

genstand, was eigentlich genau an sozialtherapeutischer und sozialpädagogischer Professionalität Not tut. Man muss vermuten, dass diese – m. E. zentrale – professionelle Frage eher im Dickicht der Diskussion verschwindet. Denn was bislang an praktischen Erfahrungen von Hilfeplankonferenzen verlautet, so mögen sie als »Herzstück personenzentrierter Umgestaltung«³⁶ doch nur bezeichnet werden können, wenn man therapeutisch-pädagogische Prozesse auf Dienstleistungscoordination reduziert. Letztlich bleibt die tatsächliche Dienstleistung der »professionellen Kunst« den jeweils Tätigen und ihren Einrichtungen überlassen – wobei die sozialräumliche Vernetzung der Tätigen, im Sinne Dörners, als Bestandteil zeitgemäßer Professionalität gelten muss.

Unsere Frage geht aber über das unmittelbar klientenzentrierte Handeln hinaus. Die gegenwärtig spürbare Beunruhigung unter den Mitarbeitern der Sozialen Arbeit hat ihre Ursache darin, dass hinter den neuen Entwicklungen letztlich fiskalische Sparinteressen stehen. Effizienzsteigerung durch bürokratische Prozeduren wird bezweifelt. Der Grund liegt in einem Misstrauen gegenüber der »großen« Sozialpolitik. Dieses Misstrauen ist nicht unberechtigt. Seit Mitte der 1990er Jahre, nicht zufällig auch seit dem Ende der Ost-/West-Blockkonfrontation und dem weltweiten »Sieg des Kapitalismus«, hat sich in den westlichen Wohlfahrtsstaaten die Rhetorik »from welfare to workfare«, ein Paradigma der »Aktivierung«, eines »aktivierenden Sozialstaats« durchgesetzt.³⁷ Diese »Transformation des Wohlfahrtsstaats«³⁸ zielt darauf hin, die Erwerbs- oder besser: Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik wieder verschärft durchzusetzen. Die Vertreter dieser Transformation wollen die Prozesse sozialpolitischer »Dekommodifizierung« rückgängig machen. »Dekommodifizierung« heißt, dass nicht nur die Warenform der Lohnarbeit (commodity/commoditas = Ware) zur Existenzsicherung verhilft, sondern dass sozialpolitisch erkämpfte Existenzsicherungspfade *neben* der Lohnarbeit möglich sind.

Was in den politischen Diskursen als »neoliberal« bezeichnet wird, meint in der Regel den Kampf für ein möglichst liberales Wohlfahrtsregime, das auf Leistungsgerechtigkeit (am Markt) ab-

36 *Michael Konrad/Sabine Gnannt-Kroner*, Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung, in: Kerbe, 4 (2004), S. 16–19.

37 *Michael Opielka* (wie Anm. 17).

38 *Neil Gilbert*, Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility, Oxford et al.: Oxford University Press 2002.

hebt, die Idee der »Eigenverantwortung« verallgemeinert, auch wenn die Eigenkräfte ungleich verteilt sind, und das letztlich nur vom Individuum ausgehende Werte gelten lässt. Armut wird in dieser Sichtweise anthropologisiert, eine gesellschaftliche Verantwortung für Armut wird bestritten. Der Arbeitsmarkt soll dominant die soziale Sicherung regulieren (= Re-Kommodifizierung).

Es ist soziologisch, sozialpolitisch und sozialphilosophisch nachvollziehbar, dass alle vier der im Kontext der Wohlfahrtsregime-Analyse genannten Gerechtigkeitskonzepte ihre Berechtigung haben. Problematisch wird es jedoch, wenn man sie vereinsseitigt. Hier liegt nun der Grund für das Unbehagen vieler politisch sensibler Mitarbeiter und Betroffener im Sozialbereich. Man spürt, dass die Legitimität sozialpolitischer Investitionen selbst – möglicherweise immer wieder neu – erkämpft werden muss. Wer sich advokatorisch, anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.

Dieser Blick muss entmystifizieren. Klaus Dörners Fokus auf die »Selbstbestimmungsunfähigen« kann ihn trüben. Wenn er von der Ratlosigkeit eines sozialpsychiatrischen Teams und dessen Frage berichtet: »Was sollen wir denn seit dem neuen personenzentrierten Konzept tun, wenn wir die psychisch Kranken nur noch nach ihren Wünschen fragen und – im Respekt ihrer Selbstbestimmung – ihre Wünsche erfüllen dürfen?« und dies zu »meinen bleibenden Bildungserlebnissen«³⁹ rechnet – dann wundert man sich auch hier über Vereinsseitigungen. Welcher Professionelle würde schon »nur« danach fragen, um »nur« irgendwelche »Wünsche (zu) erfüllen? Zur professionellen Dienstleistungskunst gehört eben, die Teilhaberechte der Klienten mit anderen Rechten und Pflichten abzuwägen. Sie, die Professionellen, »müssen lernen, eine feine Linie zu ziehen zwischen zu offen formulierten Kontrakten einerseits, in denen Profitmotive einfließen und durch Qualitätsminderung Kostenersparnisse erzwungen werden können, und den zu restriktiv formulierten Kontrakten andererseits, durch die eine Kommodifizierung sozialer Hilfen entsteht, welche die Rolle professioneller Praxis schwächt und die Qualität sozialer Dienste mindert.«⁴⁰

Die Partizipation aktiver – und nicht von oben »aktivierter« – Bürgerinnen und Bürgern im und am Sozialstaat erfordert auch bürokratische Prozeduren, von der Selbstorganisation von Betroffenen

39 Klaus Dörner (wie Anm. 35), S. 37.

40 Neil Gilbert (wie Anm. 38), S. 153.

bis zur organisatorisch vermittelten Nutzerbeteiligung in politischen und Wohlfahrtsinstitutionen. Sie kann sich aber einer Instrumentalisierung beispielsweise zugunsten von Sparpolitiken nur entziehen, wenn auf allen Ebenen ein Bewusstsein jener »feinen Linie« existiert, von der Neil Gilbert spricht. »Personenzentrierung« so verstanden ist damit zugleich ein umfassendes sozialpolitisches Projekt. Eine Bürgergesellschaft will beides: individuelle Leistungen und individuelle Selbstverantwortung.

Literatur

- Angiletta, Salvatore Pasquale/Fuchs, Kirsten/Rotampour, Parviz*: AbsolventInnen erziehungswissenschaftlicher Hauptfachstudiengänge. Beruflicher Verbleib, Berufskarrieren und berufliches Selbstverständnis – Eine bundesweite empirische Untersuchung, in: *Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Michel, Heinz-Günter* (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München/Unterschleißheim 2003, S. 357–380.
- Apitz, Rosmarie/Winter, Stefan F.*: Potenziale und Ansätze der Prävention – aktuelle Entwicklungen in Deutschland, in: *Der Internist*, Bd. 45, 2, Februar 2004.
- Bäcker, Gerhard*: Soziale Sicherung, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001, S. 1709–1728.
- Beck, Ulrich/Lau, Christoph*: Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung: Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen, in: *Soziale Welt*, 56 (2/3) (2005), S. 107–135.
- Böhnisch, Lothar*: Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit, Neuwied/Darmstadt 1982.
- Böllert, Karin*: Prävention und Intervention, in: *Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001, S. 1394–1398.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, o. O. (München) 2005.
- Carigiet, Erwin/Opielka, Michael*: Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger?, in: *Carigiet, Erwin/Mäder, Ueli/Opielka, Michael/Schulz-Nieswandt, Frank* (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich 2006, S. 15–45.
- Cremer-Schäfer, Helga*: Neoliberale Produktionsweise und der Umbau des Sozialstaats. Welche Bewandnis hat Hartz für die Soziale Arbeit?, in: *Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang.

- Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006, S. 157–173.
- Dörner, Klaus*: Es ist verboten, Personen zu zentrieren!, in: *Soziale Psychiatrie*, 1 (2005), S. 33–37.
- Galuske, Michael*: Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München 2002.
- Gilbert, Neil*: Dienstleistungskontrakte: Strategien und Risiken, in: *Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): *Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive*, Neuwied/Kriftel 2000, S. 143–154.
- Gilbert, Neil*: *Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility*, Oxford et al. 2002.
- Hamburger, Franz*: *Einführung in die Sozialpädagogik*, Stuttgart 2003.
- Hasse, Raimund*: *Wohlfahrtspolitik und Globalisierung. Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung*, Opladen 2003.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg*: *Neo-Institutionalismus*, 2. Aufl., Bielefeld 2005.
- Hurrelmann, Klaus/Klotz, Theodor/Haisch, Jochen* (Hrsg.): *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung*, Bern 2004.
- Klotz, Theodor/Haisch, Jochen/Hurrelmann, Klaus*: *Prävention und Gesundheitsförderung: Ziel ist anhaltend hohe Lebensqualität*, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 103, 10 (2006), S. A606–609.
- Konrad, Michael/Gnandt-Kroner, Sabine*: *Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung*, in: *Kerbe*, 4 (2004), S. 16–19.
- Kreuger, Kerstin*: *Sozialversicherungen sollen Präventionskosten allein tragen – Keine Mitfinanzierung durch Bund, Länder und Privatversicherungen*, in: *Soziale Sicherheit*, 1 (2005), S. 19–23.
- Kusche, Christoph/Krüger, Rolf*: *Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!*, in: *Merten, Roland* (Hrsg.): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen 2001, S. 15–25.
- Larsen, Trine P./Taylor-Gooby, Peter/Kananen, Johannes*: *The Myth of a Dual-Earner Society. New Policy Discourses in European Welfare States*, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference, 23.–25.4.2004.
- Lenhardt, Christian*: *Wider den bloßen Verbleib. Zur umfassenden Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen am Beispiel des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz*, in: *Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter* (Hrsg.): *Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*, München/Unterschleißheim 2003, S. 141–155.
- Lewis, Jane*: *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*, in: *Gerhard, Ute/Knijjn, Trudie/Weckwert, Anja* (Hrsg.): *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, München 2003, S. 29–52.

- Merten, Roland* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001.
- Merten, Roland*: Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität, in: *ders.* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001, S. 159–178.
- Meyer, John W.*: World Society, the Welfare State and the Life Course. An Institutional Perspective, Social World – Working Paper No. 9, Bielefeld: Universität Bielefeld 2004.
- Meyer, John W.*: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt 2005.
- Müller, Siegfried*: Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig, in: *Merten, Roland* (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, Opladen 2001, S. 145–152.
- Opielka, Michael*: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek 2004.
- Opielka, Michael* (Hrsg.): Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden 2005.
- Opielka, Michael*: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, 2. Aufl., Wiesbaden 2006.
- Otto, Hans-Uwe/Oelerich, Gertrud/Micheel, Heinz-Günter* (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München/Unterschleißheim 2003.
- Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel 2000.
- Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans* (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 2001.
- Schröer, Wolfgang/Sting, Stephan*: Vergessene Themen der Disziplin – neue Perspektiven für die Sozialpädagogik?, in: *Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006, S. 17–30.
- Schulte-Kemna, Georg/Armbruster, Jürgen/Kluza, Rainer*: Hilfeplanung zwischen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz, in: *Kerbe, 4* (2004), S. 4–7.
- Schwepppe, Cornelia/Sting, Stefan* (Hrsg.): Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, Weinheim/München 2006.
- Seim, Sissel*: Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Otto, Hans-Uwe/Schnur, Stephan* (Hrsg.): Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive, Neuwied/Kriftel 2000, S. 155–173.

- Senge, Konstanze/Hellmann, Kai-Uwe* (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006.
- Spiegel, Hiltrud von*: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Grundlagen und Arbeitshilfen für die Praxis, 2. Aufl., München/Basel 2006.
- Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina*: Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet, in: DIW-Wochenbericht, 48 (2006), S. 689–693.